



Reiner Ochs
Ausschussvorsitzender

Bruchköbel, 24.01.2020

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr
Sitzungsnummer	1/2020
Datum	Dienstag, den 14.01.2020
Sitzungsdauer	19:30 Uhr bis 23:52 Uhr
Ort	Bürgerhaus Bruchköbel, Jahnstr. 3, 63486 Bruchköbel, ,

Teilnehmer:

Vorsitz:

Ausschussvorsitzender Ochs, Reiner (CDU)

Anwesende:

stellv. Ausschussvorsitzender Nohl, Frank (SPD)
Ausschussmitglied Bürgstein, Patricia (GRÜNE)
Ausschussmitglied Emmrich, Rolf (CDU)
Ausschussmitglied Haas, Klaus (CDU)
Ausschussmitglied Hirt, Oliver (CDU)
Ausschussmitglied Lauterbach, Katja (FDP)
Ausschussmitglied Linek, Klaus (GRÜNE)
Ausschussmitglied Rabold, Alexander (BBB)
Ausschussmitglied Seewald, Carina (BBB)
Ausschussmitglied Viehmann, Veronika (SPD)

Magistrat:

Bürgermeister Maibach, Günter (CDU)
Erste Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)
Stadtrat Jessl, Edwin (GRÜNE)
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)
Stadtrat Legorjé, Hans-Joachim (BBB)
Stadtrat Roth, H. Michael (BBB)
Stadtrat Schadeberg, Volker (CDU)
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)
Stadtrat von Wittich, Perry (SPD)

Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)
Stadtverordneter Kitzmann, Alexander (CDU)
Stadtverordnete Klein, Gisela (BBB)
Stadtverordnete Pastor, Dana (SPD)
Stadtverordnete Pauly, Monika (SPD)
Stadtverordneter Ringel, Uwe (GRÜNE)
Stadtverordneter Sliwka, Thomas (CDU)
Stadtverordneter Zugenbühler, Christoph (CDU)

Schriftführerin:

Schriftführerin Eckhardt, Larissa

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift vom 01.10.2019
2. Vorstellung der Forstbetriebsplanung durch Hessenforst
3. Waldbewirtschaftung im Stadtwald Bruchköbel (DS-16/2019)
4. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-244/2016)
Forsteinrichtungswerk - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
5. Antrag der FDP-Fraktion: (DS-50/2019)
Entwicklung von Richtlinien zur Vergabe von Bauplätzen
6. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-88/2019)
Neues Betreutes Wohnen schaffen auf Grundstück Hauptstraße 113
7. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf dem Grundstück Hauptstraße 113a (DS-194/2019)
8. Stellplatzsatzung 2020 (DS-144/2019)
9. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-228/2017)
Radwegbau Niederissigheim - Butterstadt
10. Verschiedenes

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Reiner Ochs begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit von 10 Ausschussmitgliedern fest.

Die Einladung zur Sitzung ist fristgerecht erfolgt. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Die Beschlussfähigkeit von 11 Ausschussmitgliedern wird um 19.38 Uhr vom Ausschussvorsitzenden festgestellt.

Herr Ringel hat Anmerkungen und Fragen zum TOP 2 – Vorstellung der Forstbetriebsplanung von Hessenforst- und kritisiert die erneute Einladung von Hessenforst. Er beantragt die Absetzung des TOP von der Tagesordnung.

Außerdem fordert er die Ablehnung des TOP 3 –Waldbewirtschaftung im Stadtwald Bruchköbel-.

Herr Bürgermeister Maibach weist auf die vorliegende Beschlussvorlage DS-16/2019 hin, die der Magistrat in die Stadtverordnetensitzung am 26.02.2019 gegeben hat. Die Schwerpunkte liegen dabei auf Naherholung und Natur sowie Artenschutz, die holzwirtschaftliche Nutzung als Schwerpunkt wurde herausgenommen. Hessenforst hat den Auftrag bekommen, eine Bestandsaufnahme zu erstellen und die besprochenen Punkte wurden für das Forsteinrichtungswerk aufgenommen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ochs lässt über die Absetzung des TOP 2 abstimmen:

5 Ja- Stimmen

6 Nein-Stimmen

Damit wurde die Absetzung des TOP 2 abgelehnt.

1.	Genehmigung der Niederschrift vom 01.10.2019
----	--

Gegen die Niederschrift vom 01.10.2019 sind keine Einwände eingegangen, sie gilt daher als genehmigt.

2.	Vorstellung der Forstbetriebsplanung durch Hessenforst
----	--

Der Ausschussvorsitzende Reiner Ochs ruft den TOP 2 auf und übergibt Frau Frank von Hessenforst das Wort. Frau Frank stellt anhand einer Präsentation die Forstbetriebsplanung von Hessenforst vor.

Anschließend wird darüber gesprochen, was passiert, wenn man den Wald nicht bewirtschaften würde. Dazu erklärt Herr Koch von Hessenforst ausführlich, dass die Eichenbestände nach einem gewissen Alter absterben und nur eine geringe Anzahl an Jungbäumen neu heranwächst. Zusehens findet eine Sukzession von Brombeeren und Strauchvegetationen statt. Großbäume haben vorerst keine Chance sich in den kommenden Jahren zu etablieren.

Herr Ringel fordert weiterhin keine wirtschaftliche Vermarktung der Holzwirtschaft mehr für die Stadt Bruchköbel. Es soll sich auf den Erhalt, die Pflege und die Sicherung des Waldes, im Sinne eines Naturwaldes beschränkt werden. Die Schwerpunkte sollten liegen auf, Naherholung und Natur- sowie Artenschutz. Außerdem besteht er auf eine unabhängige Meinung eines Planungsbüros.

Frau Viehmann möchte wissen, ob es nur Fällungen gibt, wenn es dringend notwendig ist.

Herr Koch antwortet, es gibt auch Fällungen die aufgrund der holzwirtschaftlichen Maßnahmen durchgeführt werden müssen.

Herr Sliwka schlägt vor statt 17%, eventuell 20 % oder 25 % nicht zu bewirtschaften.

Herr Koch erklärt, dass die Möglichkeit besteht, dies aber die Entscheidung der Stadt ist. Die Frage stellt sich, ob dies Sinn macht. Man müsse die Gesamtfunktion auch nachhaltig finanzieren können.

Frau Lederer von der Bauverwaltung zeigt anhand einer Folie, die Kompensationsmaßnahmen im Wald und der daraus entstandenen Ökopunkte. Anhand dieser Darstellung kann gezeigt werden, dass bereits 21,8 ha für Ökopunkte ausgewiesen wurden. Außerdem spricht sie an, dass in einem stillgelegten Wald die Gewährleistung der Verkehrssicherheit einen besonderen Stand hat. Hessenforst gewährleistet die Wegesicherheit.

Der Ausschussvorsitzende Ochs ruft zusätzlich TOP 3 und TOP 4 auf.

Herr Rabold erklärt, die Stadtverordnetenversammlung hat bereits im Juli 2015 den Antrag DS-88/2015 der GRÜNEN einstimmig beschlossen. Der Magistrat hat mit der Beschlussvorlage DS-16/2019 bewirkt, dass der Beschluss DS-88/2015 vom Juli 2015 aufgehoben wird, da rückwirkend das Forsteinrichtungswerk genehmigt werden soll. Der Magistrat ist gesetzlich verpflichtet die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung auszuführen.

Herr Bürgermeister Maibach sagt in Bezug auf den Beschluss DS-16/2019, dass die Holznutzung als Schwerpunkt herausgenommen wurde, aber eben nicht gänzlich. In den Zielvereinbarungen für das Forsteinrichtungswerk wurden die Beschlüsse berücksichtigt.

Der Bürgermeister erläutert, wie klar und nachvollziehbar Hessenforst arbeitet. Man beachte ebenfalls im Bruchköbeler Wald sind 17 % stillgelegt und hessenweit nur 7%.

Im gesamten Stadtwald liegt der gesamte Holzzuwachs bei 46% und der Schwerpunkt liegt nicht auf der Holzwirtschaft, erklärt Herr Koch von Hessenforst. Hessenforst ist zudem PEFC (Zertifizierung für nachhaltige Waldbewirtschaftung) zertifiziert und arbeitet mit den Behörden zusammen.

Herr Linek schlägt vor, eine 2. Meinung von der HGON (Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz) einzuholen oder andere Vertreter und fordert daher, um Abstimmung, eine weitere Expertise einzuholen.

Dies wird von den Ausschussmitgliedern mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 3.	DS-16/2019	Waldbewirtschaftung im Stadtwald Bruchköbel
--------	------------	---

Der Ausschussvorsitzende Ochs lässt die Beschlussvorlage mit seinen 3 Punkten abstimmen:

Abstimmung:

6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

Punkt 2

6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

Punkt 3

6 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

Diese wird zur Annahme empfohlen.

TOP 4.	DS-244/2016	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Forsteinrichtungswerk - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
--------	-------------	--

Der Ausschussvorsitzende Ochs lässt TOP 4 einzeln abstimmen:

Abstimmung:

Punkt 1

5 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

Zur Ablehnung empfohlen.

Punkt 2

Einstimmig zur Annahme empfohlen.

TOP 5.	DS-50/2019	Antrag der FDP-Fraktion: Entwicklung von Richtlinien zur Vergabe von Bauplätzen
--------	------------	--

Der Ausschussvorsitzende Ochs ruft den TOP 5 auf.

Den Entwurf der Richtlinien zur Vergabe von Bauplätzen wurde vorab den Mitgliedern des Ausschusses übermittelt.

Frau Lauterbach möchte wissen inwieweit Seite 2 und 3 des Schriftstückes regelkonform bzw. EU-konform sind. Herr Bürgermeister Maibach erklärt, es handelt sich zunächst nur um Ideensammlungen der Richtlinien.

Frau Korell von der Stabsstelle Grundstücksverwaltung bestätigt dies und erläutert einzelne Punkte, die sich geändert haben. Alles müsse aber nochmals rechtlich geprüft werden. Es wurde sich an den Hessischen Städte- und Gemeindebund gehalten und anhand der ursprünglichen Richtlinien erstellt.

Einzelne Änderungsvorschläge sind:

- Bei der Vergabe werden auswärtige Bauplatzinteressenten auf die Liste aufgenommen,
- Das Grundstück verbleibt, nach der schriftlich mitgeteilten Vergabeentscheidung, 4 Wochen reserviert,
- Bewerber die falsche oder unvollständige Angaben machen, werden vom Zuschlag ausgeschlossen
- Eingetragene Lebenspartnerschaften werden berücksichtigt
- Bezug zu Bruchköbel, Ehrenamt, soziales Engagement wird berücksichtigt.

Herr Rabold spricht sich dafür aus, den TOP 5 im Ausschuss zu lassen, es sollen weiterhin Ideen, Fragen und Vorstellungen gesammelt werden, diese sollen schriftlich in der Verwaltung eingehen.

Herr Bürgermeister Maibach betont, es handelt sich weiterhin um Richtlinien und nicht um eine Satzung

Abstimmung:

Nach einstimmiger Abstimmung verbleibt die Vorlage im Ausschuss.

TOP 6.	DS-88/2019	Antrag der BBB-Fraktion: Neues Betreutes Wohnen schaffen auf Grundstück Hauptstraße 113
--------	------------	--

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 6 auf.

Die Sprecher der AWO haben in Folge der aktuellen Situation abgesagt.

Herr Rabold stellt fest, dass es sich nicht um die Hauptstraße 113 sondern 113 a handelt, dies wird geändert.

Es wurde ein Änderungsantrag –Sozialer Wohnungsbau- von Bündnis 90/Die GRÜNEN gestellt, dieser ging am 13.01.2020 in der Verwaltung ein.

Herr Rabold zieht Die Vorlage DS-88/2019 des BBB zurück.

TOP 7.	DS-194/2019	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf dem Grundstück Hauptstraße 113a
--------	-------------	--

Es folgt eine rege Diskussion darüber, inwieweit die Baugenossenschaft betreutes Wohnen möchte bzw. unterstützt und über den Unterschied zwischen Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum. Herr Ringel erklärt, dass die Baugenossenschaft kein – „Betreutes Wohnen“ an sich organisieren möchte. Der Baugenossenschaft ginge es um die Mietpreisbindung und die Verpflichtung nach der Förderrichtlinie des Landes Hessen, die Mietwohnungen und entsprechend den Vorgaben der Stadt Bruchköbel zu vermieten.

Herr Linek sagt, dass der Änderungsantrag ein Versuch ist die beiden bestehenden zunächst scheinbar konkurrierende Anträge zu einem zu gestalten, daher wurde in dem Antrag die Barrierefreiheit und der soziale Wohnungsbau reinformuliert.

Herr Hirt merkt an, die Altersgrenze von 60 Jahren nicht fest zu setzen wie im Änderungsantrag gewünscht.

Herr Ochs macht den Vorschlag die 12 Wohnungen aufzuteilen, 50 % für bezahlbaren Wohnraum und 50 % für Senioren.

Herr Ringel schlägt den sozialen Mietwohnungsbau vor, um bessere Steuerungsmöglichkeiten zu haben und es muss etwas für Senioren getan werden in Bruchköbel.

Herr Rabold spricht das Belegerecht der Stadt Bruchköbel an. Herr Bürgermeister Maibach erwidert, dass dies in den Richtlinien hinterlegt ist.

Nach reichlicher Diskussion schlägt Frau Lauterbach vor, die Wohnungen an Senioren zu vergeben und den Mietern selbst zu überlassen bei wem oder ob überhaupt ein Betreuungsvertrag geschlossen wird.

Herr Ochs hält fest, dass die Baugenossenschaft bauen soll, um die Förderung zu erhalten. Der Mietpreis von 7,50 € pro m² steht, außerdem haben die Fraktionen verschiedene Vorstellungen der Belegungen. Die Belegungshoheit obliegt letztendlich dem Magistrat. Er macht den Vorschlag, die unteren Wohnungen an Senioren zu vergeben und oberen Wohnungen günstig zu vermieten.

Herr Ochs unterbricht die Sitzung um 22.44 Uhr für Besprechungen innerhalb der Fraktionen.

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung wieder um 22.53 und stellt die Anwesenheit der 11 Ausschussmitglieder fest.

Der Änderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion wird mit 6 Nein-Stimmen und 5 Ja-Stimmen abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende lässt anschließend den TOP 7 abstimmen:

Abstimmung:

6 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Damit wird der Antrag - Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf dem Grundstück Hauptstraße 113a- zur Annahme empfohlen.

TOP 8.	DS-144/2019	Stellplatzsatzung 2020
--------	-------------	------------------------

Herr Rabold hat ein paar Anmerkungen und Fragen zur Stellplatzsatzung. Es erschließt sich ihm nicht der Sinn der Formulierung in § 2 Absatz 1 „einschließlich für Kraftfahrzeugen von Menschen mit Behinderung“. Der Ausschussvorsitzende Ochs erklärt, dass es sich zunächst einmal um eine Mustersatzung vom Hessischen Städte- und Gemeindebund handelt.

Herr Rabold schlägt zu § 2 Absatz 2 folgende Formulierung vor: Bei einer Neuberechnung werden die Regelungen der neuen Satzung insgesamt zu Grunde gelegt. Außerdem zu § 4, man sollte alles was in einer Satzung Wirkung hat auch in die Satzung schreiben und nicht nochmal in eine Anlage. Des Weiteren soll in der Begründung Absatz 3 rausgenommen bzw. ersetzt werden.

Herr Ringel merkt an, dass durch die geänderte Stellplatzsatzung weniger Parkplätze zur Verfügung stehen werden. Man sollte aber eine Verbesserung der Situation schaffen und man sollte die parkenden Autos von der Straße bekommen. Die Vorlage verschlechtert die Situation und er spricht sich gegen die neue Stellplatzsatzung aus.

Herr Sliwka sagt, dass die Diskussion über die Ausdünnung der Parkplätze notwendig ist, das beste Beispiel ist der Käthe-Kollwitz Ring. Dort besteht zweitweise Chaos hinsichtlich parkender Autos. Man muss sich überlegen, ob man eine Verdichtung im Innenstadtbereich zu lassen möchte, außerdem muss auch ausgeschlossen sein, dass das WEDI-Verfahren betroffen ist. Er bezüglich dem Innenstadtausbau LOS 3 wissen, ob es eine Beeinflussung durch die neue Stellplatzsatzung oder für den Investor gibt.

Herr Bürgermeister Maibach erklärt, es gibt keine Beeinflussung. Es ist die gültige Satzung anzuwenden.

Die Änderungen werden übernommen, in die Vorlage eingearbeitet und den Ausschussvorsitzenden mitgeteilt.

Der Ausschussvorsitzende bittet zur Abstimmung:

Abstimmung:

2 Nein-Stimmen

3 Enthaltung

Damit wird der Beschlussvorschlag zur Annahme empfohlen.

TOP 9.	DS-228/2017	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Radwegebau Niederissigheim - Butterstadt
--------	-------------	---

Der Planfeststellungsbeschluss vom 02.03.2010 liegt vor.

Herr Rabold von dem BBB fordert das Bauen des Radweges vom Main-Kinzig-Kreis. Damit die Frist des Planfeststellungsverfahrens nicht abläuft, soll eine Verlängerung von 5 Jahren beantragt werden. Wenn dies nicht mehr möglich ist, muss die Stadt Bruchköbel gegenüber des Main-Kinzig-Kreises Schadenersatzleistungen geltend machen und die bereits gezahlte Summe der Planungskosten an die Stadt Bruchköbel zurückzahlen.

Die Verwaltung wird auf Antrag der BBB – Fraktion zur DS-228/2017 von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zum Radwegebau Niederissigheim – Butterstadt eine Beschlussvorlage einbringen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Main-Kinzig-Kreis wird als Straßenbaulastträger und Antragsteller des Planfeststellungsverfahrens aufgefordert, gem. § 33 des Hessischen Straßengesetzes Abs. (6), bei der Planfeststellungsbehörde eine Verlängerung um weitere 5 Jahre zu beantragen.
2. Der Main-Kinzig-Kreis wird weiterhin aufgefordert, den Radweg gemäß dem Planfeststellungsverfahren umgehend zu bauen ungeachtet der neuen Abwägungen und Priorisierungen.
3. Dem Main-Kinzig-Kreis wird mitgeteilt, dass falls es nicht zu einer Umsetzung der Baumaßnahme kommen wird, die seitens der Stadt Bruchköbel geleisteten Planungskosten in Höhe von 47.997,70 € zurückgefordert werden.

Die Verwaltung wird diese Punkte in ein Schreiben mit aufnehmen und schnellstmöglich an den Main-Kinzig-Kreis senden.

Eine entsprechende Beschlussvorlage wird am 28.01.2020 in die Stadtverordnetensitzung eingebracht.

10.	Verschiedenes
-----	---------------

um 23.52 Uhr.

Reiner Ochs
Ausschussvorsitzender

Larissa Eckardt
Schriftführerin